

UNTERRICHTUNG

durch die Landesregierung

**Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“
Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vorbemerkung	3
II. Ausgangssituation	3
III. Ziele und Leitgedanken	4
IV. Die Stärkung von Demokratie und Toleranz als koordinierter Prozess	8
1. Interministerielle Zusammenarbeit	8
1.1 Die Landeskoordinierung im Ministerium für Soziales und Gesundheit	9
1.2 Landesweites Beratungsnetzwerk	11
1.3 Regionalzentren	12
1.4 Mobile Intervention	13
1.5 Weitere Angebote (Opferberatung, EXIT usw.)	13
2. Landeszentrale für politische Bildung	14
3. Wissenschaftliche Begleitung	14
4. Gender Mainstreaming	15
5. Finanzierung	15
6. Anhang (Maßnahmenplan)	15

I. Vorbemerkung

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verabschiedete im Mai 2006 das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“.

Zur Verwirklichung des Landesprogramms legt die Landesregierung folgende Strategie vor, mit der die programmatischen Eckpunkte des Programms umgesetzt werden sollen. Die Landesregierung konkretisiert damit ihr Vorhaben, Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken und rechtsextremistischen Ideologien und den von ihnen geprägten Handlungen aktiv entgegenzuwirken.

II. Ausgangssituation

Demokratische Werte und Strukturen sind die Grundlagen unseres Gemeinwesens. Dies zu stärken und zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der in allen Politikfeldern Rechnung getragen werden muss.

Mecklenburg-Vorpommern ist seit seiner Entstehung Schauplatz vielfältiger rechtsextremistischer Aktivitäten mit zum Teil überregionaler Bedeutung. Die Lage ist gekennzeichnet durch eine im bundesweiten Vergleich starke rechtsextremistische Subkultur sowie eine besonders aktive Neonaziszene, die sich vor Ort verstärkt in politische und kulturelle Prozesse einbringt. Das Gefahrenpotenzial des Rechtsextremismus hat sich in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren vergrößert. Die rechtsextremistischen Strukturen haben sich gefestigt, ausgedehnt und professionalisiert. Dies betrifft nicht nur die politischen Vorfeldorganisationen wie Vereine und Kameradschaften, sondern auch die Strukturen der NPD.

Der Erfolg der rechtsextremistischen Rechten beruht nicht auf der Substanz ihrer Inhalte, sondern resultiert u. a. aus vorhandenen Defiziten in der demokratischen Zivilgesellschaft. Dabei ist festzustellen, dass die Zustimmung zu rechtsextremistischen Positionen nur bei wenigen Menschen auf einer gefestigten ideologischen Haltung beruht. Der Mehrheit ihrer „Anhänger“ dienen die entsprechenden Parolen dazu, Vorbehalte gegen aktuelle politische Entwicklungen und Akteurinnen und Akteure der Politik zum Ausdruck zu bringen. Die geringe Wahlbeteiligung, der Einzug der NPD in den Landtag, abnehmendes gesellschaftliches Engagement und die wachsende Unterstützung antidemokratischer Ideologien sind deutliche Warnsignale, die in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung ausgehen. Viele Einwohner/innen haben die Veränderungen der letzten Jahre als persönliche Krise erlebt. Dabei spielt eine zunehmend verklärende Sicht auf die gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der ehemaligen DDR eine große Rolle. Massenarbeitslosigkeit, demografischer Wandel und Auflösung sozialer Bezüge prägten und prägen das Leben vieler Menschen und damit auch ihr Verständnis von Demokratie, das sie grundsätzlich für populistische Parolen erreichbar macht.

Parallel dazu hat sich aber auch eine rechtsextremistische Szene entwickelt, die eine langfristige Strategie verfolgt, um sich in Mecklenburg-Vorpommern zu verankern und perspektivisch auf eine „Abschaffung des Systems“ und eine Errichtung eines rassistisch begründeten Staates hinzuarbeiten. Insbesondere versucht sie, die NPD in der Gemeinwesenarbeit vor Ort zu etablieren. So fanden in einigen Landesteilen vermehrt Fußballturniere, Bürgerinitiativen oder andere Aktionen statt, die von Freien Kameradschaften organisiert wurden. Darauf gilt es zu reagieren. Wichtig ist eine Strategie, die die Stärkung von demokratischem Handeln vor Ort zum Ziel hat. Eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft ist die beste Prävention gegen rechtsextremistische Tendenzen; sie ist nachhaltiger und in der Breite effektiver als die bloße Bekämpfung von Fehlentwicklungen.

III. Ziele und Leitgedanken

Die Landesregierung leitet aus dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Ziele und Leitgedanken her, die den Handlungsrahmen für eine nachhaltige Stärkung der Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern bilden sollen. Diese richten sich an alle an Demokratisierungsprozessen beteiligten Personen und Institutionen. Insbesondere sind dies Politikerinnen und Politiker der Kommunen und des Landes sowie Beschäftigte öffentlicher Einrichtungen, die durch ihr Agieren wesentliche Rahmenbedingungen setzen. Des Weiteren richten sie sich an die politischen Parteien, an die Kirchen, Vereine, Verbände sowie Gremien der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft und an engagierte Einwohner/innen jeder Altersgruppe, die ihren Beitrag leisten wollen.

Die Landesregierung verfolgt folgende strategische Ziele:

1. das Wissen über demokratische Strukturen und Handlungsweisen zu vertiefen, das Grundvertrauen in die demokratischen Grundwerte zu stärken sowie die Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen zu verbessern;
2. mehr Personen in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld zu sensibilisieren, zu ermutigen und zu befähigen, sich in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einzubringen;
3. die Einflüsse rechtsextremistischer Aktivitäten zurückzudrängen.

Bei der Umsetzung sind folgende Leitgedanken zu beachten:

- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements;
- Verzahnung staatlichen Handelns mit zivilgesellschaftlichem Engagement durch verbindliche Zusammenarbeit in lokalen und regionalen Netzwerken (Umsetzung im Rahmen der Aktionspläne und Schwerpunktsetzung für die Regionalzentren für demokratische Kultur);
- Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsleitbildes für Zivilgesellschaft und staatlich sowie politisch Verantwortliche;
- Aufbau und Unterstützung eines landesweiten Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz.

Handlungsschritte zur Zielumsetzung:

Zu 1. Das demokratische Gemeinwesen ist so zu gestalten, dass das Wissen über demokratische Strukturen und Handlungsweisen vertieft, das Grundvertrauen in die demokratischen Grundwerte gestärkt sowie die Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen verbessert werden.

Das erfordert:

- Angebote zu entwickeln und zu fördern, die geeignet sind, Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung zu vermitteln,
- Entscheidungsträger in Verwaltungen, Politik, Einrichtungen und Gremien für die Notwendigkeit möglichst weitreichender Beteiligung zu sensibilisieren und sie zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen zu befähigen,
- Möglichkeiten für Beteiligungen zu schaffen,
- Erfahrungen aus Beteiligungsprozessen und Gremien bekannt zumachen und für deren Nachahmung zu werben,
- wirksame Modelle und Methoden zu entwickeln, die besonders auch jene Einwohner/innen in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einbinden, die über bisherige Beteiligungsangebote nicht erreichbar waren,
- ein Demokratieverständnis zu entwickeln, das Demokratie sowohl als politische Ordnungsform als auch als Lebens- und Gesellschaftsform begreift,
- Wissen über die allen Menschen zustehenden Grundfreiheiten und Grundrechte sowie über die Funktionsweise und Wertgrundlagen der Demokratie zu vermitteln,
- die Bereitschaft zu fördern, diese anzuerkennen und zu verteidigen,
- das Bewusstsein zu schärfen, Verantwortung für sich selbst und Andere übernehmen zu können,
- Sozialkompetenz als Basis des Zusammenlebens im Rahmen des lebenslangen Lernens zu entwickeln,
- bedarfs- und situationsgerechter Konzepte interkulturellen und interreligiösen Lernens zu entwickeln und umzusetzen,
- Beratungskompetenzen aus verschiedenen Bereichen in Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz einzubeziehen und Akteure aus diesen Bereichen zu qualifizieren (z. B. Beteiligungsmoderatoren, Jugendverbände und -organisationen, politische Parteien, Präventionsräte, Polizei, Staatsanwaltschaften, erfahrene Bildungs- und Projektträger),
- Angebote zu entwickeln, die geeignet sind, die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung aller Personen ohne Diskriminierung zu fördern. Bei der Umsetzung sollte das Prinzip der Barrierefreiheit Beachtung finden.

Zu 2. Das demokratische Gemeinwesen ist so zu gestalten, dass mehr Personen in ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld sensibilisiert, ermutigt und befähigt werden, sich in zivilgesellschaftliche und demokratiestärkende Prozesse einzubringen.

Das erfordert:

- von den Ressorts mit Trägern, Partnern in der Arbeit und Multiplikatoren demokratie-stärkende Maßnahmen zu beraten und zu fördern und insbesondere Maßnahmen zu entwickeln, die die Einwohnerinnen/Einwohner aktivieren und einbeziehen,
- Ziel- und Aufgabenstellungen des Landesprogramms in allen relevanten Gremien wie Ausschüsse, Arbeitsgremien, Konferenzen, Beratungsgremien zu thematisieren und zu diskutieren,
- Landes- und Bundesvorhaben bekannt zu machen und für die Beteiligung möglichst vieler Akteure und Gruppen zu werben,
- dass sich Persönlichkeiten (z. B. lokaler „Meinungsträger“ aus den Kirchen, Vereinen, politischen Parteien, kulturellen Einrichtungen, Verwaltungen und lokalen Verwaltungen sowie Gewerkschafterinnen/Gewerkschafter, Künstlerinnen/Künstler, Sportlerinnen/-Sportler, Unternehmerinnen/Unternehmer) zu relevanten Themen positionieren,
- die politische Bildung der Akteure und Multiplikatoren zu stärken,
- bürgerschaftliches Engagement von Einwohnerinnen/Einwohner in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Jugend- oder Frauenarbeit, im Wohlfahrts-, Senioren- oder Familienbereich, im Sport, in der Kultur, in der Feuerwehr, im Natur- und Umweltschutz, beim Katastrophenschutz und in der Politik zu stärken und zu unterstützen,
- Bereiche wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienzentren, Familienbildungsstätten, Frauenverbände/-vereine, LAG Jungen und Männer, Migrantenselbstorganisationen, Träger von Integrationsprojekten sowie soziokulturelle Zentren, Sportverbände, Feuerwehren, Schützenvereine, kulturelle Vereine u. a., Schüler- und Elternvertretungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen sowie Unternehmerinnen/Unternehmer stärker einzubeziehen,
- Maßnahmen stärker auf Personengruppen auszurichten, die bisher nicht bzw. zu wenig erreicht wurden z. B. Kinder und jüngere Jugendliche, Mädchen und Frauen, Migrantinnen/Migranten, Jugendliche in strukturschwachen Regionen und Kommunen, Jugendliche mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche,
- politische Bildungsangebote für Jugendliche stärker in Freizeit- und Qualifizierungsangebote zu integrieren.

Zu 3. Die Einflüsse rechtsextremistischer Aktivitäten sind zurückzudrängen

Das erfordert:

- antidemokratischen Ansichten entgegen zu treten,
- demokratische Kräfte vor Ort mit staatlichen und nicht-staatlichen Beratungskompetenzen zu unterstützen und zu stärken,
- ein landesweites Beratungsnetzwerk zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt die Regionalzentren für demokratische Kulturen stehen,
- Beratungskompetenzen aus verschiedenen Bereichen in das landesweite Beratungsnetzwerk einzubeziehen und Akteure aus diesen Bereichen zu sensibilisieren (z. B. Beteiligungsmoderatoren, Opferberatung, Präventionsräte, Polizei, Staatsanwaltschaften, Bildungs- und Projektträger, Frauenverbände, Familienberatungen),
- integrative und präventive Maßnahmen mit Interventions- und Repressionsmaßnahmen zu verknüpfen,
- passgenaue und professionelle Beratungsangebote zur Bewältigung von Krisensituationen vor Ort, durch Interventionsteams gegen Rechtsextremismus zu sichern, die abrufbar über die Regionalzentren, die verschiedenen Kompetenzen vorhandener Experten für ein gemeinsames konzertiertes Vorgehen in Krisensituationen bündeln und zielgerichtet zum Einsatz bringen,
- die Begleitung bei der Entwicklung lokaler Strategien gegen antidemokratische Strukturen und Tendenzen,
- viele Personen und Einrichtungen in die Diskussionen und Maßnahmen einzubeziehen,
- Akteure vor Ort stärken und unterstützen, die die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Kräften nicht scheuen,
- Personen einzubeziehen und zu stärken, die in ihrem konkreten Nahbereich Einfluss haben und andere Menschen erreichen,
- das Gefühl zu stärken, dass die demokratischen Kräfte eine starke Mehrheit bilden und ein demokratisches und tolerantes Klima zu entwickeln,
- Angebote für Eltern rechtsextremistisch gefährdeter Jugendlicher, die sie in die präventive Arbeit einbindet und die Vernetzung und Aktivierung der Eltern entwickelt und fördert, z. B. über Angebote der Regionalzentren und der Bundesprogramme,
- Die Auseinandersetzung mit historischen Deutungen und Geschichtsfälschungen zu verstärken, die zum Kernbestand rechtsextremistischer Ideologien und fremdenfeindlicher Argumentationen gehören,
- die Kommunen, die lokale Aktionspläne umsetzen, in das Beratungsnetzwerk einzubeziehen, ihren Erfahrungsaustausch zu sichern und die Nutzung ihrer Erfahrungen in den anderen Kommunen des Landes.

IV. Die Stärkung von Demokratie und Toleranz als koordinierter Prozess

Die Stärkung und Förderung von Demokratie und Toleranz wird durch die Landesregierung als ganzheitlicher Prozess koordiniert erfolgen. Demokratieförderung ist ein komplexer Vorgang. Die Vielfalt der Angebote und Zuständigkeiten erfordern eine stärkere Vernetzung und Koordinierung, Ressourcen müssen gebündelt und Informationsdefizite abgebaut werden.

1. Interministerielle Zusammenarbeit

Unter der Federführung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit arbeitet die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“, an der die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Finanzministerium und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie die Landeszentrale für politische Bildung und der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen beteiligt sind. Die IMAG berichtet dem Kabinett einmal jährlich.

Alle grundlegenden Entscheidungen zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ werden in der IMAG diskutiert und festgelegt. Die Koordinierungsstelle informiert die IMAG-Mitglieder bei den gemeinsamen Sitzungen regelmäßig über den Umsetzungsstand des Landesprogramms und die laufenden Aktivitäten in den Kommunen sowie zum Stand der Umsetzung der Bundesprogramme.

Die IMAG hat folgende Aufgaben umzusetzen bzw. zu begleiten:

- Begleitung der Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur,
- Schaffung *einer* Anlaufstelle für die Regionalzentren im Ministerium für Soziales und Gesundheit,
- Stärkung und Bündelung bestehender Landesförderprogramme in diesem Politikfeld sowie
- Koordinierung des Mitteleinsatzes dieser Förderprogramme sowie der Bundesprogramme.

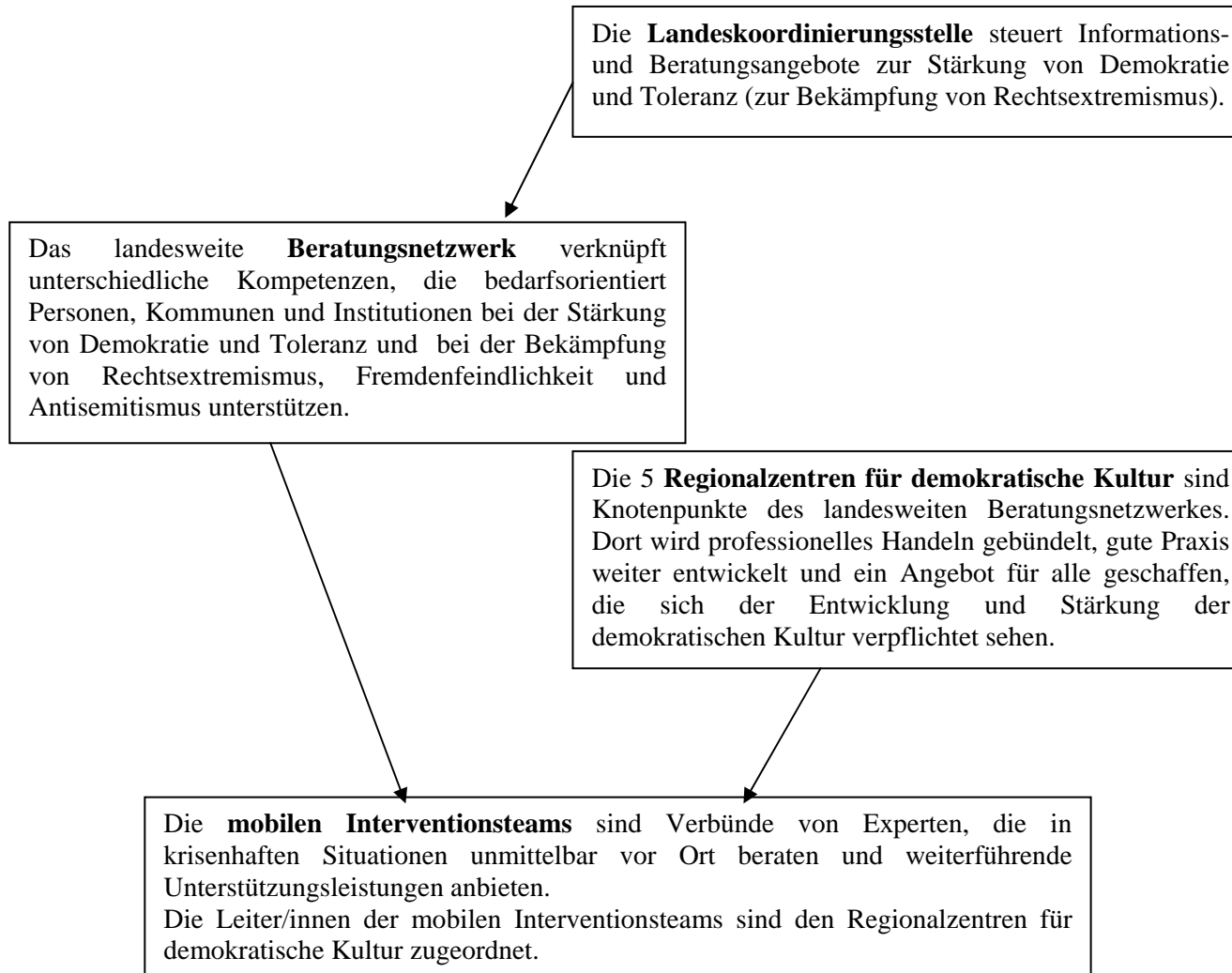
Die Zusammenführung der Förderprogramme, die inhaltlich die gleiche Zielrichtung verfolgen, wird geprüft. Das Ministerium für Soziales und Gesundheit wird eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeiten. Für die Vergabe von Fördermitteln wird ein Vergaberat eingerichtet.

Neben dem koordinierenden Querschnittsansatz der Koordinierungsstelle sind die einzelnen Fachbereiche in den Ressorts in ihrer fachspezifischen Kompetenz zu stärken.

Alle Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen tragen Verantwortung für die Stärkung von Demokratie und Toleranz und müssen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken.

Dabei gibt es Sachthemen, die von unterschiedlichen Landeseinrichtungen gleichzeitig bearbeitet werden müssen, bei denen die inhaltliche und finanzielle Verantwortung federführend jedoch in den zuständigen Ressorts verbleibt. Die Ressorts informieren die Landeskoordinierungsstelle über ihre Aktivitäten.

1.1 Die Landeskoordinierung im Ministerium für Soziales und Gesundheit



Zur Behebung von Hemmnissen und zur Steigerung der Effizienz der zahlreichen Maßnahmen ist eine Koordinierung und Steuerung im Land notwendig. Es zeigt sich die Notwendigkeit einer ständigen Organisations- und Arbeitseinheit, die einerseits konzeptionelle Schwerpunkte erarbeitet sowie die verschiedenen Aktivitäten der Ressorts auf Landesebene koordiniert und andererseits als Ansprechstelle für die Akteure, insbesondere die Regionalzentren, tätig ist. Die Zuständigkeit für den Themenbereich Demokratiestärkung - Bekämpfung von „Rechtsextremismus“ (Präventionsbereich) einschließlich des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ ist durch die Landesregierung beim Ministerium für Soziales und Gesundheit angesiedelt worden.

Dazu wird im Ministerium für Soziales und Gesundheit die Koordinierungsstelle für den Themenbereich Demokratiestärkung - Bekämpfung von „Rechtsextremismus“ (Präventionsbereich), die auch Anlaufstelle für die Regionalzentren für demokratische Kultur ist, eingerichtet.

Die Landeskoordinierungsstelle erhält folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Grundsatzangelegenheiten des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, einschließlich der Begleitung der politischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung und einer Weiterentwicklung der konzeptionellen Vorstellungen für das Landesprogramm sowie der Umsetzungsstrategie/Maßnahmenkatalog.
Die Landeskoordinierungsstelle unterstützt die Umsetzung der im Landesprogramm verankerten Zielstellungen auch in anderen Bereichen: Jugendhilfe, Kultur, Sport, Tourismusförderung etc.
- Koordinierung der ressortübergreifenden Vorhaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Landesprogramms und seiner Umsetzungsstrategie/Maßnahmenkatalog.
Dazu sollen die Informationen über Aktivitäten für Demokratie und Toleranz zusammenlaufen. In Form eines Informationsaustauschs sollen alle beteiligten Ressorts und die ihnen nachgeordneten Einrichtungen (LISA, Landezentrale für politische Bildung, Landespräventionsrat etc.) unterrichtet und einbezogen werden.
- Koordinierung und Zusammenarbeit mit den Regionalzentren für demokratische Kultur
- Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf örtlicher Ebene einschließlich der Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Partnern, Initiativen und lokalen Bündnissen. Beratung der Kommunen, die lokale Aktionspläne erarbeiten und umsetzen sollen und Moderation des Erfahrungsaustausches der Kommunen.
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen bei der Entwicklung von Netzwerken zur Förderung der Bürgergesellschaft
Die Landeskoordinierungsstelle steht mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Kontakt. Sie sammelt aktuelle Informationen über Projekte und Maßnahmen der Träger und informiert einschließlich über die in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführten Projekte und teilt dies den beteiligten Stellen mit. Ziel ist, eine Kooperation in den Regionen zu unterstützen.
- Auf der Grundlage der Analyse der vorhandenen Situation und der bereits initiierten Projekte und Maßnahmen berät die Landeskoordinierungsstelle Antragsteller, gibt Informationen über Fördermöglichkeiten weiter und unterstützt diese bei der Beantragung neuer Projekte. Dies ist insbesondere für landesweit wirkende Projektanträge vorgesehen.

- Die Landeskoordinierungsstelle hält Kontakte auf Bundesebene wie auf europäischer Ebene, um die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern innovativ und nachhaltig gestalten zu können.
- Begleitung des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ sowie Vernetzung und Beratung der beteiligten Projektträger und Kommunen (www.vielfalt-tut-gut.de)
- Umsetzung/Koordinierung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (www.beratungsnetzwerke.de)
- Die Koordinierungsstelle fungiert auch als Geschäftsstelle der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ und ist für die Vor- und Nachbereitung der IMAG-Sitzungen, den Informationstransfer und die Umsetzung der Beschlüsse der IMAG zuständig.
- Des Weiteren leistet die Landeskoordinierungsstelle für die Umsetzung bzw. Begleitung der Bundesprogramme die vom Bund vorgegebenen Aufgaben.
- Zur Verbesserung der Informationsflüsse wird eine sog. Infobox „Demokratie und Toleranz“ für das Landesportal vorbereitet.

1.2 Landesweites Beratungsnetzwerk

Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ werden Beratungsnetzwerke und mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus gefördert. In Mecklenburg-Vorpommern wird diese Förderung mit den Planungen zu den Regionalzentren für demokratische Kultur und anderen Aktivitäten verknüpft. Präventive Ansätze wie die lokalen und regionalen Aktivitäten bei den Aktionsplanprozessen, die Regionalzentren als Kern der Beratungsnetzwerke und weitere Präventionsaktivitäten werden im Rahmen dieser Struktur mit dem Angebot der Krisenintervention verbunden. Ein Schwerpunkt wird dabei sein, dass ausgehend von der akuten Krisenintervention nachhaltige Präventionsmaßnahmen getroffen werden. Dazu wird ein Beratungsnetzwerk formiert, das durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit koordiniert wird. Dieses **Beratungsnetzwerk** verknüpft unterschiedliche Projekte und Kompetenzen, die bedarfsorientiert Personen, Kommunen und Institutionen bei der Stärkung von Demokratie und Toleranz und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterstützt. Das Netzwerk wird kontinuierlich um die Akteure erweitert, die im Themenfeld Demokratie und Toleranz aktiv werden und nutzt Qualifizierungsangebote, die sowohl von den Regiestellen der Bundesprogramme als auch von der Landeszentrale für politische Bildung angeboten werden. Es findet jährlich eine Veranstaltung des Beratungsnetzwerkes statt, die dem Erfahrungsaustausch und der Beratung gemeinsamer Ziele und Vorhaben dient. Der Auftakt dieses Dialogs erfolgte am 14. Dezember 2007.

Dem Beratungsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern sollen staatliche und nichtstaatliche Beratungseinrichtungen angehören und gemeinsam wirken.

1.3 Regionalzentren

Bei den **Regionalzentren für demokratische Kultur**, die den Kern des Gesamtberatungsnetzwerkes für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern bilden, werden die **Leiterinnen/Leiter der Interventionsteams gegen Rechtsextremismus** angesiedelt. Diese sind für die Zusammenstellung der Teams, die Teamleitung und strategische Planung der Interventionseinsätze verantwortlich. Die Steuerung des Gesamtprozesses erfolgt durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit (Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“).

Als Knotenpunkte eines landesweiten Netzwerkes soll in den Regionalzentren für demokratische Kultur professionelles Handeln gebündelt, gute Praxis weiterentwickelt und ein Angebot für alle geschaffen werden, die sich der Entwicklung und Stärkung der demokratischen Kultur verpflichtet sehen.

- Regionalzentren sollen sich als Agenturen zur Förderung demokratischer Prozesse verstehen. Ihre Zielgruppe sind die demokratisch gesinnten Akteure und Strukturen.
- Regionalzentren sind Entwicklungs- und Kreativagenturen einer guten Praxis der Stärkung der demokratischen Kultur durch eine professionelle Begleitung und Qualifizierung demokratischer Strukturen und Einzelpersonen vor Ort.
- Regionalzentren sollen vor allem auf eine Stärkung der demokratischen Formationen in der Sphäre der Zivilgesellschaft hinwirken.
- Ihr Handeln beinhaltet ein konkretes Einwirken auf kommunale Nahräume.
- Ihre Angebote orientieren sich an den Interessen und Bedürfnissen der demokratischen Akteure. Dieses schließt Angebote der Krisenintervention ein.
- Ihr Wirken ist primär ein demokratiepädagogisch motiviertes.

Die Standorte der Regionalzentren für demokratische Kultur sind:

Standort	Regionale Zuständigkeit für:
Bad Doberan	Hansestadt Rostock, Landkreise Bad Doberan und Güstrow
Ludwigslust	Landeshauptstadt Schwerin, Hansestadt Wismar, Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim
Stralsund	Hansestadt Stralsund Landkreise Nordvorpommern und Rügen
Neubrandenburg	Stadt Neubrandenburg, Landkreise Müritz, Mecklenburg-Strelitz und Demmin
Anklam	Hansestadt Greifswald, Landkreise Uecker-Randow und Ostvorpommern

1.4 Mobile Intervention

Aus dem Pool der staatlichen und nichtstaatlichen Beratungseinrichtungen werden im Krisenfall kompetente Experten für den Einsatz in den **mobilen Interventionsteams** gegen Rechtsextremismus zusammengestellt und zum Einsatz gebracht.

Die durch Landes- und Bundesmittel finanzierten Strukturprojekte sind die Regionalzentren für demokratische Kultur, die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt LOBBI e. V. und das Aussteigerangebot „EXIT“. Die Leiter/innen dieser Projekte stimmen ihre Arbeit miteinander ab. Ergänzend zu den Strukturprojekten erhalten der Landesjugendring und die Jugendverbände, der DGB, das Netzwerk für Demokratie und Courage und die Träger der politischen Bildung Landesmittel sowie Mittel aus dem europäischen Sozialfonds. Die Bundesmodellprojekte und die XENOS - Projekte erhalten Bundes- und Landesmittel. Experten aus diesen Projekten können neben den o. g. Vertreterinnen/Vertreter der staatlichen Einrichtungen in die Interventionsteams berufen werden. Hierzu wird angestrebt, Kooperationsvereinbarungen zwischen den Trägern und den Regionalzentren abzuschließen. Experten, die landesweit zum Einsatz kommen sollen, beruft das Ministerium für Soziales und Gesundheit in Abstimmung mit den Regionalzentren in die Interventionsteams.

1.5 Weitere Angebote

Der **Opferberatungsverein LOBBI e. V.** wird die Beratung und Begleitung von Opfern rechter Gewalt und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der, für den Opferschutz zuständigen Behörden und Einrichtungen für die Belange von Opfern rechter Gewalttaten sichern. LOBBI e. V. arbeitet landesweit von den Standorten Rostock und Neubrandenburg aus. Mittelfristig ist die Zusammenarbeit mit anderen Opferberatungsstellen zu verstärken. Die anderen Opferberatungseinrichtungen sollten für die Arbeit mit Opfern rechter Gewalt sensibilisiert werden.

Aussteigerangebot „EXIT Mecklenburg-Vorpommern“

Das Aussteigerangebot „EXIT“ des Zentrums für demokratische Kultur wird genutzt und Personen, die sich aus der rechtsextremistischen Szene lösen wollen, wird ein Ausstiegsangebot unterbreitet. Dieses soll neue Perspektiven außerhalb der rechtsradikalen Szene entwickeln, praktische Hilfen geben und Kontakte vermitteln. EXIT Mecklenburg-Vorpommern unterstützt mit Aussteigern die Diskussionen vor Ort. Sie klären auf und sollen dazu beitragen, junge Menschen vom Einstieg in die rechtsradikale Welt abzuhalten. EXIT Mecklenburg-Vorpommern arbeitet landesweit von Schwerin und Berlin aus.

Die o. g. Projekte und Träger arbeiten eng mit der Landesregierung zusammen; eine Abstimmung der Aktivitäten der einzelnen Akteure wird angestrebt. **Die landesweite Koordinierung und Steuerung des Beratungsnetzwerkes und der Interventionsteams erfolgen durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit.** Dazu finden unter Federführung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit alle zwei Monate Abstimmungsgespräche mit den Leiterinnen/Leitern der Regionalzentren, den Leiterinnen/Leitern der Interventionsteams gegen Rechtsextremismus, LOBBI e. V. und EXIT Mecklenburg-Vorpommern statt, an denen die Landeszentrale für politische Bildung, der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung, das Landeskriminalamt und der Verfassungsschutz sich beteiligen.

Die Regionalzentren erhalten vom Ministerium für Soziales und Gesundheit die Informationen zu aktuellen Förderleistungen, Maßnahmen und Aktivitäten der Träger vor Ort, um Aktivitäten koordinierter wirken zu lassen. Die Regionalzentren informieren das Ministerium für Soziales und Gesundheit regelmäßig über ihre Einsätze, Arbeitsschwerpunkte und Aktivitäten. Neben den Beratungsaufgaben, der Krisenintervention und den Angeboten der Demokratiepädagogen werden in den einzelnen Regionalzentren spezielle Angebote erarbeitet, die landesweit zum Einsatz kommen z. B. Elternberatung.

2. Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale für politische Bildung trägt in besonderer Weise Verantwortung für das Thema Demokratie und Toleranz und stellt ein zentrales Element im Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ dar. Politische Kultur kann nur längerfristig erfolgreich beeinflusst werden und erfordert politische Bildungsangebote, die nicht bei der Beschreibung oberflächlicher Phänomene verharren, sondern Ursachen verdeutlichen und die handelnden Personen aktivieren. In Kooperation mit den Regionalzentren für demokratische Kultur wird die Landeszentrale für politische Bildung an konkreten Standorten die lokalen Akteure unterstützen.

Demokratische Handlungskompetenz erfordert langfristig angelegte Lernprozesse, die politische Analyse, politische Bildung und politische Beratung eng miteinander verbindet. Insbesondere die Personen, die als Multiplikatorinnen/Multiplikatoren und Entscheidungsträgerinnen/Entscheidungsträgern wirken, tragen Verantwortung und stellen sich großen Herausforderungen.

Die Landeszentrale für politische Bildung wird

- für die inhaltliche Begleitung, Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für diese Personengruppen die Verantwortung tragen. Dazu werden Bildungsmodule und Arbeitsmaterialien entwickelt, die Bedarfe aufgreifen, neben theoretischem Wissen vor allem Methodenwissen beinhalten und sich an verschiedene Zielgruppen richten.
- das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz - gemeinsam stärken!“ mit politischen Bildungsangeboten untersetzen und die Akteure somit unterstützen, die inhaltlichen Strategien umzusetzen. Insbesondere die Qualifizierung der Demokratiepädagogen in den Regionalzentren und deren Einsatz bei den Lehrerinnenfortbildungen/Lehrerfortbildungen und bei Einsätzen an den Schulen wird inhaltlich und organisatorisch begleitet.

3. Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation

Die Maßnahmen der Landesregierung werden ebenso wie die Arbeit der Regionalzentren wissenschaftlich begleitet. Die Auswahl der wissenschaftlichen Einrichtung, die die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluation der Maßnahmen übernimmt, erfolgt in einem Interessenbekundungsverfahren und soll im März 2008 beginnen. Die wissenschaftlichen Begleiter legen zum März 2009 einen ersten Bericht vor. Die inhaltlichen Schwerpunkte des wissenschaftlichen Begleitauftrages werden zwischen dem Ministerium für Soziales und Gesundheit und der Landeszentrale für politische Bildung vorabgestimmt und durch die IMAG beschlossen. Um die Qualität der Maßnahmen zu steigern, werden Qualitätskriterien entwickelt, die im Wirkungskreis der Landesregierung und der von der Landesregierung geförderten Einrichtungen und Träger umgesetzt werden.

Das Ministerium für Soziales und Gesundheit stimmt mit den Regiestellen der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Vorhaben des Landes und der Bundesprogramme ab.

4. Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming ist eine politische Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen von Frauen und Mädchen ebenso wie die von Männern und Jungen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung der Maßnahmen einbezieht. Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit und in den Medien Männern oder verallgemeinert Jugendlichen zugeschrieben. Frauen treten dabei kaum in Erscheinung, obwohl sie zunehmend mit einer rechtsextremistischen Einstellung agieren, allerdings vorwiegend im Hintergrund. Die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern ist in unserer Gesellschaft in vielerlei Hinsicht unterschiedlich. Es muss deshalb davon ausgegangen werden, dass nicht nur die Rolle und das Agieren von Frauen, sondern auch der Einstieg in die Rechte Szene sowie auch der Ausstieg aus der Rechten Szene anders ist als für Männer. Somit ist es als verpflichtendes Leitprinzip grundlegend für die Umsetzung des Landesprogramms wie auch der Bundesprogramme und somit Bestandteil dieser Umsetzungsstrategie.

5. Finanzierung

Die Durchführung der Umsetzungsstrategie erfolgt im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Die in der Strategie benannten Maßnahmen haben keinen den Haushalt präjudizierenden Charakter.

6. Anhang (Maßnahmenplan)

Im Anhang ist eine Planungsübersicht der Maßnahmen der Ressorts der Landesregierung beigelegt, die im Rahmen der Berichterstattung an die IMAG fortgeschrieben und laufend abgestimmt umgesetzt wird.

Anhang: Maßnahmenplan**1. Integration und Prävention stärken – sozialen Zusammenhalt fördern**

Integrationsprozesse dienen der demokratischen Formierung, Vernetzung und Bildung und sind voranzutreiben. Sie sollen Teilhabechancen eröffnen, Minderheiten schützen und der Ausgrenzung schwächerer Gruppen entgegenwirken.

Präventionsmaßnahmen sind darauf ausgerichtet, dass Menschen gar nicht erst rechtsextremistischen Ideologien folgen, sondern schon möglichst frühzeitig demokratische Einstellungen übernehmen.

Ministerium für Soziales und Gesundheit

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle , die Informations- und Beratungsangebote zur Stärkung von Demokratie und Toleranz (zur Bekämpfung von Rechtsextremismus) steuert	Ressorts der Landesregierung, Akteure des Themenfeldes Demokratie und Toleranz	SM	ab 01.03.2007
Aufbau eines landesweiten Beratungsnetzwerkes , das unterschiedliche Kompetenzen, die bedarfsorientiert Personen, Kommunen und Institutionen bei der Stärkung von Demokratie und Toleranz und bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterstützen, verknüpft. (dies erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“)	Träger und Projekte des Beratungsnetzwerkes und deren Nutzerinnen/Nutzer (Kommunen, Einrichtungen, Einzelpersonen mit einem Unterstützungsanliegen)	SM	ab 01.08.2007
Aufbau von 5 Regionalzentren für demokratische Kultur . Sie stellen die Schaltstellen des landesweiten Beratungsnetzwerkes dar. Dort wird professionelles Handeln gebündelt, gute Praxis weiter entwickelt und ein Angebot für alle geschaffen, die sich der Entwicklung und Stärkung der demokratischen Kultur verpflichtet sehen.	Träger der Regionalzentren, Kommunen, Einrichtungen, Einzelpersonen	SM	ab 01.08.2007

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Verknüpfung von Landes- und Bundesmaßnahmen durch geeignete Abstimmungsprocedere und optimale Nutzung geeigneter Bundesprogramme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - jährliche Fachkonferenz zur gemeinsamen Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ - Sicherung von Informationsflüssen über Programminhalte 	Träger von Landes- oder Bundesmaßnahmen	SM	4. Quartal 2008
<p>Unterstützung und Begleitung der lokalen Aktionspläne</p> <ul style="list-style-type: none"> - enge Abstimmung mit den Coaches des Bundes und den Koordinierungsstellen - Sicherung von Erfahrungsaustausch und Unterstützung durch die Regionalzentren für demokratische Kultur 	LAP-Kommunen	SM, LpB	2008 - 2010 halbjährlicher Erfahrungsaustausch ständige Begleitung und Unterstützung
<p>Organisation von Erfahrungsaustauschen und Beratungen für Kommunen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommunen mit Lokalen Aktionsplänen (LAP) - Kommunen, die sich am Interessenbekundungsverfahren für die LAP beteiligt haben 	Kommunalverwaltungen, Kommunalpolitikerinnen Kommunalpolitiker	SM, LpB, Regiestelle des Bundes	halbjährlicher Erfahrungsaustausch
<p>Förderung und Unterstützung von lokalen Initiativen und Kleinprojekten (Schwerpunkt auf die Kommunen ohne LAP), dazu Entwicklung einer Förderrichtlinie zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“</p>	lokale Initiativen, Vereine und Verbände	SM	ab 2008

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Aktivierung und Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement Das Ehrenamt trägt in zahlreichen Vereinen und Initiativen die Arbeit und ist eine unverzichtbare Ergänzung und oft auch Voraussetzung für professionelles Handeln. Die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement werden daher weiter verbessert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierungs- und Bildungsangebote für Menschen, die ehrenamtliche Tätigkeiten ausfüllen. - Verbesserte Würdigung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements z. B. Ehrungen zum „Tag des Ehrenamtes“ - Umsetzung der Ergebnisse der Studie zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen im Rahmen der Ehrenamtskampagne 	Personen, die bürgerschaftlich engagiert sind bzw. bisher nicht bürgerschaftlich tätige Personen	SM, LpB	laufend
<p>Umsetzung und Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendprogramms der Landesregierung Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung lebensweltorientierter Handlungsansätze in Kooperation von Jugendarbeit/außerschulischer Jugendbildung mit Schule bzw. Berufsausbildung 	Kinder und Jugendliche	alle Ressorts Federführung: SM	ab 2006 zur Hälfte der Legislaturperiode Vorlage des Kinder- und Jugendprogramms
Unterstützung der Initiativen der Jugendverbände für Demokratie und Toleranz	Jugendliche	SM, Landesjugendring	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Die Landesregierung lädt in Kooperation mit den wissenschaftlichen Fachinstituten der Universitäten und Fachhochschulen zu einer dauerhaften Arbeitsgruppe zum Thema „Praxis der Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ ein. Dort gilt es, Qualitätsstandards guter Praxis zu entwickeln, Erfahrungen auszutauschen und dauerhaft Angebote der Weiter- und Fortbildung auch mit externen Fachkräften zu unterbreiten.</p>	<p>Träger der freien und der öffentlichen Jugendhilfe, Hochschulen</p>	<p>SM</p>	<p>3. Quartal 2008</p>
<p>Kinder- und Jugendarbeit mehr Gewicht geben Die frühzeitige Erfahrung von Demokratie und Toleranz beugt rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Denk- und Verhaltensweisen vor. Jugendverbände und Jugendeinrichtungen haben große Potenziale Demokratie und Toleranz erlebbar und erlernbar zu machen. Oft werden hier erste Erfahrungen mit Beteiligung, freiwilligem Engagement und demokratischen Verfahrensweisen gemacht. Unterstützung und Finanzierung der Strukturen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der außerschulischen Jugendbildung und internationalen Jugendarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine kontinuierliche Unterstützung der Jugendarbeit freier und öffentlicher Träger sollte weiterhin Ziel der Landesregierung sein. - Mit freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendsozialarbeit sollen zukünftig Leistungsvereinbarungen geschlossen werden, die Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung junger Menschen und zu weiteren demokratiestärkenden Maßnahmen, enthalten. <p>In die JuLeiCa-Ausbildung der Jugendleiterinnen/Jugendleiter werden Ausbildungsmodule aufgenommen, die sich mit den Themen Stärkung von Demokratie, Toleranz sowie der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandersetzen.</p>	<p>Jugendliche</p>	<p>SM, LaGuS</p>	<p>laufend</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Kooperation Jugendhilfe und Schule auf gleicher Augenhöhe ausbauen Beteiligungsprojekte sollten sozial- raumorientiert angelegt sein und können schulische und außerschulische Maßnahmen verbinden. Die Beteiligungserfahrungen der Jugendarbeit sind verstärkt in die schulischen Maßnahmen zur Demokratiestärkung einzubringen. Neben schulischen Bildungsangeboten sind im sozialen Nahraum der Möglichkeiten zur Betätigung für junge Menschen zu schaffen, um sich ausprobieren zu können, Bestätigung finden zu können und ein breiteres Spektrum an Erfolgsmöglichkeiten zu eröffnen. Dem Gefühl von Ausgrenzung ist konsequent entgegenzuwirken.</p>	Jugendliche	SM, LaGuS, BM	laufend
<p>Programm „Förderung von Personalkostenzuschüssen für Fachkräfte der Schulsozialarbeit“ - B 1.2 Schulsozialarbeit soll weiterentwickelt und neu profiliert werden, sodass sie durch gezielte sozialpädagogische Hilfen das Leistungsvermögen derjenigen Schülerinnen/Schüler erhöht, deren Schulerfolg durch besondere Probleme gefährdet oder beeinträchtigt ist. Die Ausbildungsfähigkeit und die späteren Integrationschancen in den Arbeitsmarkt sollen durch den Einsatz von Schulsozialarbeitern erhöht werden. Schulsozialarbeit soll vorhandene Strukturen und Angebote der örtlichen Jugendhilfe und Schule bedarfsgerecht ergänzen, erweitern bzw. bereichern, die Ausbildungsfähigkeit erhöhen und in der jeweiligen Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII enthalten sein. Sie soll im Benehmen mit dem Träger der örtlichen Schulentwicklungsplanung erfolgen. Im Rahmen der regulären Weiterbildungsangebote werden Module zu Demokratiepädagogik und zur Problematik der Rechtsextremismusbekämpfung entwickelt und angeboten.</p>	Fachkräfte der Schulsozialarbeit/Kinder und Jugendliche	SM Übertragung auf LaGuS vorgesehen	laufend bis 31.12.2013

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Programm „Förderung von Personalkostenzuschüssen für Fachkräfte der Jugendsozialarbeit“ - C 2.2</p> <p>Die Förderung von Jugendsozialarbeitern dient dem Ziel, denjenigen jungen Menschen weitergehende sozialpädagogische Hilfestellungen zu gewähren, deren Integration in den Arbeitsmarkt oder in die berufliche Bildung gefährdet ist. Durch gezielte Einzelfallbegleitung, Methoden der Jugendberufshilfe und der arbeitsweltbezogenen Jugendarbeit sollen solche jungen Menschen angesprochen werden, die durch Schul- bzw. Ausbildungsabbruch, fehlende Berufsreife, gestörtes Sozialverhalten, durch individuelle Beeinträchtigungen oder ausgrenzende Verhaltensweisen gekennzeichnet sind.</p> <p>Jugendsozialarbeit soll vorhandene Strukturen und Angebote der örtlichen Jugendhilfe bedarfsgerecht ergänzen, erweitern bzw. bereichern und in der jeweiligen Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII enthalten sein.</p>	<p>Fachkräfte der Jugendsozialarbeit/Kinder und Jugendliche</p>	<p>SM</p>	<p>laufend bis 31.12.2013</p>
<p>Produktionsschulen C 2.1</p> <p>Die Produktionsschulen sind Einrichtungen der Jugendberufshilfe zur Erhöhung der Eingliederungschancen und zur Verringerung der Gefahr der gesellschaftlichen Ausgrenzung. Sie sind Teil der im SGB VIII geregelten örtlichen Jugendhilfeplanung.</p> <p>In den Produktionsschulen können junge Menschen mit besonderem Integrationsbedarf eine Berufsorientierung und Berufsvorbereitung erhalten, mit dem Ziel der Eingliederung in die Ausbildung bzw. den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Produktionsschulen können auch teilweise bei der Rückführung in den Regelschulbereich hilfreich sein.</p>	<p>Jugendliche</p>	<p>SM, LAGuS</p>	<p>laufend bis 31.12.2013</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Für Jugendliche und ihre Familien wird im Rahmen der Jugendhilfe die Möglichkeit eines Beratungsangebotes zur Ausstiegshilfe aus rechtsextremistischen Kreisen unterbreitet.	Jugendliche, die rechts-extremistisch gefährdet sind bzw. aus rechten Kreisen aussteigen wollen	SM, LaGuS	ab März 2008
<p>Maßnahmen zur Umsetzung der Integrationskonzeption des Landes: Einberufung eines Landesintegrationsbeirates zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Integrationsarbeit auf Landesebene</p> <p>Einrichtung von Arbeitsgruppen in den Handlungsfeldern „Kita“, „Schule“, „Übergang Schule - Beruf“ und Berufliche Integration, die die Umsetzung der konzeptionellen Schwerpunktaufgaben begleiten und prüfen, inwiefern bestehende Maßnahmen ausreichend wirksam sind.</p> <p>Förderung der Integration</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der sprachlichen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten, - Angebote der migrationsspezifischen Beratung, die vorhandene Strukturen der Migrationserstberatung ergänzen, - Stärkung der Partizipation der Migrantinnen und Migranten sowie des bürgerschaftlichen Engagements 	<p>Vertreter der Landesregierung, Kommunen, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften, Migrantenorganisationen sowie Träger von Integrationsprojekten</p> <p>BM, WM, Vertreter der Kommunen sowie der jeweiligen Fachbereiche</p> <p>Migrantinnen/Migranten, einheimische Bevölkerung, soziale Dienste und Einrichtungen</p>	<p>SM</p> <p>SM</p> <p>SM</p>	<p>ab 14. März 2007</p> <p>ab April 2007</p> <p>laufend</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Entwicklung von Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus - Antirassismustrainings	Bevölkerung	SM, BM, LpB	laufend
In den Familienzentren und den Familienbildungsstätten werden Angebote zur Unterstützung und Begleitung von Eltern unterbreitet, die u. a. humanistische Grundwerte vermitteln.	Familien	SM	laufend
Im Rahmen des Landesprogramms „ Eltern stark machen “ werden Elterntainerinnen/Elterntainer in unterschiedlichen Fortbildungsmodulen zu verschiedenen Erziehungskompetenzprogrammen aus- und fortgebildet.	Elterntainerinnen/ Elterntainer	SM	
Familien sollen in die politische Bildungsarbeit und die Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft stärker einbezogen werden. Die Landesregierung wird mit Trägern der politischen Bildung und der Familienbildung die Entwicklung und Umsetzung von Modulen zur politischen Elternbildung initiieren.	Familien	SM, Träger der Erwachsenenbildung, der politischen Bildung, der Familienbildung, LpB	4. Quartal 2008
Modellprojekt Balance of Power “Kleine ganz groß - streiten will gelernt sein” im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie	Erzieherinnen/Erzieher und Kinder in Kindertageseinrichtungen	SM, BM, LaGuS	Projektlaufzeit Oktober 2007 bis September 2010

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Modellprojekt „Aktiv gegen Rechtsextremismus & Rassismus - Demokratiestärkende Bildungsarbeit im ländlichen Raum“ im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie	Jugendliche im ländlichen Raum (Jugendarbeit, Schule)	SM, BM	Projektlaufzeit Oktober 2007 bis September 2010
Modellprojekt „Bildungsanimateure gegen rechts“ im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie	Jugendliche im Landkreis Müritz	SM	Projektlaufzeit Oktober 2007 bis September 2010
Modellprojekt „Erinnern, Erforschen, Konfrontieren“ im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie Projekt zur Bildungsarbeit zum Holocaust	Kinder und Jugendliche	SM	Projektlaufzeit Januar 2007 bis Dezember 2009

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Förderung von freien Trägern der politischen Bildung, parteinahen Stiftungen und politischen Jugendorganisationen	Träger politischer Bildung	LpB	laufend
Eigene Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Tagungen, Ausstellungen und Publikationen der Landeszentrale für politische Bildung	Einwohnerinnen/Einwohner M-V, Multiplikatorinnen/Multiplikatoren, Träger politischer Bildung	LpB	laufend
Mobiles Angebot zur politischen und historischen Bildung (Bus) „ Demokratie auf Achse “	Einwohnerinnen/Einwohner M-V, Multiplikatorinnen/Multiplikatoren, Schulen, Träger politischer Bildung	BM, LpB, LStU	laufend
Durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördertes Modellprojekt der Landeszentrale für politische Bildung in der Region OVP zum Thema „ Politische Bildung im ländlichen Raum “	Einwohnerinnen/Einwohner der Modellregion, Träger der pol. Bildung	LpB	ab 2007 Laufzeit ca. 3 Jahre
Politische Bildungsangebote für die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Akteure in den Demokratieprojekten - Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Regionalzentren für demokratische Kultur, insbesondere die Fortbildung der Demokratiepädagogen in den Regionalzentren - Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Bundesmodellprojekte und der Lokalen Aktionspläne - Akteure des Beratungsnetzwerkes	Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Regionalzentren und der Modellprojekte sowie von geförderten Landesprojekten	LpB	Ab Januar 2008

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Fortbildungsreihe für Kommunalpolitiker Geplant ist ein Angebotspaket, das auf Anfrage rechtliche Hilfestellung (Kommunalrecht, Umgang mit Extremisten in Gemeindevertretungen usw.) leistet und Themen politischer Bildung im engeren Sinne (z. B. parlamentarische Demokratie, Parteien und Demokratie) vermittelt.</p>	Träger politischer Bildung, kommunale Spitzenverbände	LpB	laufend
<p>Landesinitiative Demokratieerziehung an Schulen Mehrstufige Fort- und Weiterbildung zu den Themen Demokratie und Extremismus, Demokratie in Schulen und Unterricht für alle Schülerinnen/Schüler des Landes</p>	Schulrätinnen/Schulräte, Schulleiterinnen/Schulleiter, Leitungsverantwortliche in Kirche und Jugendbildung. Lehrerinnen/Lehrer, Schülerinnen/Schüler	BM, L.I.S.A., LpB	2007 - 2011
<p>„Selbstständige Schule“ Einführung der Selbstständigen Schule, beginnend im Schuljahr 2008/2009. Die Selbstständige Schule hat die Selbstständigkeit der Lernenden zum Ziel. Die Schülerinnen/Schüler werden in wachsendem Maße in die Lernorganisation und Schulgestaltung einbezogen „Demokratie Leben und Lernen“ bildet das zentrale Erziehungsziel der selbstständigen Schule. Schulleiterinnen/Schulleiter und Lehrkräfte erhalten erweiterte Befugnisse zur Gestaltung von Schule und Unterricht. Die Selbstständige Schule fördert eine intensive demokratische Teilhabe der Beteiligten.</p>	Schulteams	BM	Mit dem Schuljahr 2007/2008 beginnen die Fortbildungen der Schulleiter

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Einsatz von Lehrkräften als Koordinatoren für Demokratieerziehung in den vier Staatlichen Schulämtern. Die Koordinatoren/innen zur Demokratieerziehung an den Staatlichen Schulämtern sollen die Schulen in ihren Aktivitäten unterstützen.	Koordinatorinnen/Koordinatoren für Demokratieerziehung	BM, LpB	Ab Schuljahr 2007/2008
Entwicklung eines Programms zur Stärkung der Demokratiekompetenz im Elementarbereich . Dieses Programm sieht zunächst experimentelle Phasen durch Modellprojekte vor. Nach einer Auswertung sollen positiv evaluierte Teilelemente in eine Dauerförderung übernommen werden.		BM, SM, LpB	
Lehrerfortbildung und Austausch zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Israel	Lehrerinnen/Lehrer	BM	laufend
Fortbildungsangebote des L.I.S.A.: <ul style="list-style-type: none"> - Was geht ab - Gruppendynamische Prozesse und Mobbing in Schulklassen - Erfolgreich integrieren - Situation von Migrantenfamilien in Rostock - Toleranzerziehung - Interkulturelles Lernen im Kindergarten und in der Grundschule - Gewaltprävention und Toleranzerziehung - Lernpakete für das interkulturelle Lernen - „Toleranz und Anerkennung in der Schule“ ein Toleranztraining für Lehrerinnen/Lehrer - Förderung der interkulturellen Kompetenz für die schulinterne Tätigkeit bzw. Auslandsprojekte - Interkultureller Methodenkoffer für die Sekundarstufe II - Basisseminar „Jugend debattiert“ - Lernort Jüdisches Museum - jüdisches Leben heute 	Lehrkräfte und sozialpädagogisches Personal	L.I.S.A.	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Die Landesregierung versteht interkulturelles Lernen als demokratisches Lernprinzip , das ein respektvolles, gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben in den Mittelpunkt stellt. Interkulturelle Bildung fördert demzufolge allgemeine soziale Kompetenzen. Junge Menschen müssen die Kompetenz erwerben, in unterschiedlichen Funktions- und Lebensbereichen mit unterschiedlichen kulturellen Regeln erfolgreich bzw. sozial verantwortlich zu handeln. Die fächerübergreifenden Rahmenpläne „Interkulturelle Erziehung“ und „Rechtserziehung“ aller Jahrgangsstufen für alle Schularten der allgemein bildenden Schulen, die eine grundlegende Orientierung für die Umsetzung erzieherischer Aspekte im Schulalltag geben, werden dazu konsequent umgesetzt. Dazu werden Trainerinnen/Trainer für interkulturelle Bildung ausgebildet und eingesetzt. Für die Integration von Zuwanderern werden die Projekte FörMig und START durchgeführt.	Schülerinnen/Schüler, Lehrerinnen/Lehrer	BM, L.I.S.A.	laufend
Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund	Schülerinnen/Schüler, Lehrkräfte	BM	2005-2009
START: Schülerstipendien für begabte und sozial engagierte Zuwanderer	Schülerinnen/Schüler	BM	seit 2006
Ergänzend zu den originären Unterrichtsmaßnahmen werden Projekte zur Gewaltprävention und politischen Bildung an Schulen unterstützt.	Schülerinnen/Schüler	BM	

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Die in diesem Rahmen durchgeführten Schulprojekte werden ergänzt und unterstützt durch die Aktivitäten im Rahmen der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, XENOS sowie durch Stiftungsangebote.	Schülerinnen/Schüler, Lehrkräfte	BM, SM	Programmlaufzeit Oktober 2007 bis September 2010
Förderung von Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte Zuwendungen sind für Schulklassen (Klassenstufen 8-10) aus M-V vorgesehen. Diese Gedenkstättenfahrten sollen der Erhöhung des Geschichtsbewusstseins und des Demokratieverständnisses von Schülerinnen/Schüler dienen. Den Fahrten soll ein pädagogisches Konzept zugrunde liegen, an dem die Schüler mitwirken. Begleitend wird ein Fortbildungsangebot für Lehrerinnen/Lehrer durch die Landeszentrale für politische Bildung entwickelt und durchgeführt.	Schülerinnen/Schüler, Lehrkräfte	BM, SM, LpB	Ab 1. Januar 2008
Qualifizierung der Tätigkeiten der Landesschülerinnenvertretung/Landesschülervertretung und der Schülerinnenvertretungen/Schülervertretungen	Schülerinnenvertretungen/ Schülervertretungen	BM	
Qualifizierung des Landeselternbeirates und der Elternbeiräte	Elternvertretungen	BM	

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Die Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe sowie den regional wirkenden Projekten zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements ist nachhaltig zu verstärken.</p> <p>Im Rahmen des Begleit- und Qualifizierungsprogramms „Lehrerinnen/Lehrer in der Schulsozialarbeit (Teilprogramm der „Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit“) werden bis zu 35 Lehrerinnen/Lehrer im Bereich der Schulsozialarbeit bei erfahrenen Trägern der freien Jugendhilfe befristet tätig sein. In ihrer begleitenden Zusatzqualifizierung werden umfangreiche Kenntnisse zum Themenfeld Demokratie und Toleranz vermittelt werden.</p>	Schülerinnen/Schüler, Lehrerinnen/Lehrer	SM, BM	laufend
Unterstützung und Ausbau des Projekts „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“	Schulen	BM (Landeskoordination RAA M-V)	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Ausbau des internationalen Schülerinnen/Schüler- und Lehrerinnenaustausches/Lehreraustausches sowie von Schulpartnerschaften unter der Maßgabe der Aneignung interkultureller Kompetenzen</p> <p>Dazu werden die Richtlinien und Fördermöglichkeiten bekannter gemacht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Richtlinien zur Förderung von Projekten und Begegnungen im Rahmen des Schülerinnenaustausches/Schüleraustausch mit Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Israel - deutsch-französischer Schülerinnenaustausch/Schüleraustausch (DFJW) (Anträge über das LaGuS) - deutsch-polnischer Schülerinnenaustausch/Schüleraustausch (DPJW) (Anträge über die Kommunalgemeinschaft Pommerania) - deutsch-russischer Schülerinnenaustausch/Schüleraustausch (Stift. DRJA) - Richtlinie zur Förderung der europäischen Integration und des Europagedankens - Zuschüsse zu Besuchen im Europäischen. Parlament 	Schülerinnen/Schüler, Lehrerinnen/Lehrer	BM	laufend
<p>Verstärkung der inhaltlichen Zusammenarbeit der Bereiche internationaler Schülerinnenaustausch/Schüleraustausch und internationaler Jugendaustausch.</p>	Jugendliche	BM, SM, LaGuS, Landesjugendring	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Kultur ist identitätsbildend, fördert Kommunikationsfähigkeit und Teilhabe an Kommunikationsprozessen. Sie stärkt das soziale Leben, fördert die Fähigkeit zu eigener Initiative und schärft den Blick für gesellschaftliches Zusammenwirken. Die Landesregierung fördert Kunst- und Kulturprojekte, die humanistische und demokratische Werte sowie interkulturelle Vielfalt erlebbar machen, die Beteiligten aktivieren, sich an unterschiedliche Zielgruppen wendet und der Gesamtstrategie entspricht.</p>	<p>Einwohnerinnen/Einwohner (landesweit) bzw. der jeweiligen Region</p>	<p>BM</p>	<p>laufend</p>
<p>Die Landesregierung fördert Orte von Soziokultur. Diese sind vor allem Soziokulturelle Zentren. Sie sind keine reinen Kulturanbieter, sondern sie sind darüber hinaus Orte für Demokratie und Dialog, für Prävention und Partizipation, für Mitmachen und Mitgestalten. Sie stehen für eine offene und genreübergreifende ganzjährige Kulturarbeit.</p>	<p>Einwohnerinnen/Einwohner (landesweit) Träger soziokultureller Zentren</p>	<p>BM</p>	<p>laufend</p>
<p>Qualifizierung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern in den soziokulturellen Zentren in Mecklenburg-Vorpommern (geplant)</p>	<p>Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in soziokulturellen Zentren</p>	<p>BM mit kulturellen Landesverbänden, LpB</p>	<p>laufend</p>
<p>Förderung soziokultureller Aktivitäten, die möglichst viele Personen beteiligt und aktiviert sowie integrative Ansätze haben.</p>	<p>Alle Einwohnerinnen/Einwohner der geförderten Kommune/Region</p>	<p>BM</p>	<p>laufend</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Unterstützung der jüdischen Gemeinden im interkulturellen Bereich	Mitglieder der jüdischen Gemeinden sowie jüdische Zuwanderer außerhalb der Gemeinden	BM	jährlich
Unterstützung der Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der jährlich stattfindenden interkulturellen Woche	Migrantinnen/Migranten, Flüchtlinge, einheimische Bevölkerung	BM	jährlich im September
Projekte der Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern - dazu Vorbereitung eines Weiterbildungsangebotes über die Landesfachstelle	alle Einwohnerinnen/Einwohner	BM/diverse Bibliotheken/ diverse Träger	laufend Mitte 2008

Innenministerium

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>„Verantwortung übernehmen im Norden“ Fortsetzung der seit 2000 existierenden Veranstaltungsreihe der Landespräventionsräte Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns sowie des DGB-Nord zu Projekten und Programmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt.</p>	Mitglieder von kommunalen Präventionsräten und Projektträgern	IM, Landesrat für Kriminalitätsverbeugung	2009 in Schwerin
<p>Informationsveranstaltungen zu Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene durch den Verfassungsschutz an Schulen und zur Unterstützung der Kommunen, die lokale Aktionspläne umsetzen.</p>	Bürgermeisterinnen/Bürgermeister, Landrätinnen/Landräte, Lehrerinnen/Lehrer, Schülerinnen/Schüler	IM/Verfassungsschutz/BM	laufend
<p>Arbeitsgruppe Extremismus des Landesrates für Kriminalitätsverbeugung In enger Kooperation mit der AG Extremismus des Landesrates für Kriminalitätsverbeugung, ggf. durch die Zusammenlegung beider Gremien, wird künftig das Beratungsnetzwerk unter der Federführung des SM die Zusammenarbeit aller staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen in der Extremismusprävention sowie die Entwicklung entsprechender Konzepte und Handlungsempfehlungen koordinieren.</p>	Kommunale Präventionsräte und Akteure der Gewaltpräventionsarbeit	IM, Landesrat für Kriminalitätsverbeugung	laufend
<p>Maßnahmen gegen Gewalt und Rassismus im Fußball - Umsetzung des Handlungskonzepts „Gegen Gewalt und Rassismus im Amateurfußball“ - Unterstützung des Fanprojektes Rostock - Mitwirkung im Aktionsbündnis „Klassenerhalt gegen Gewalt“</p>	Fußballvereine, Fangruppen, kommunale Verantwortungs-träger	IM, SM, LaGuS, Landesrat für Kriminalitätsverbeugung	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalitätsvorbeugung durch die Fortsetzung der Tätigkeit des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung vor allem mit den Schwerpunkten Gewalt (insbesondere Jugendgewalt), Sport statt Gewalt, Vandalismus, Seniorensicherheit, Opferschutz	Staatliche und nicht-staatliche Einrichtungen auf Landesebene	IM, Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung	laufend
Weiterentwicklung des Systems der Kommunalen Präventionsräte	Staatliche und nicht-staatliche Einrichtungen auf kommunaler Ebene	IM, Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung	laufend
Förderung von Projekten der allgemeinen Kriminalitätsvorbeugung	Kommunale Präventionsräte, freie Träger, Institutionen oder Einzelpersonen die im Sinne der Kriminalitätsvorbeugung tätig sind	IM, Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Jugendfeuerwehren für Demokratie und Toleranz Ziel ist es, im Rahmen einer vom Landesfeuerwehrverband initiierten Initiative für „Demokratie und Toleranz in den Feuerwehren“ demokratiefördernde Projekte in den Landesjugendfeuerwehren der ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns anzusiedeln. Geplant sind sowohl langfristige Ansätze als auch einmalige Aktionen. Dazu findet eine Umfrage unter der Jugendfeuerwehr statt, mit der das Interesse der Jugendlichen für bestimmte Projektformen ausgelotet werden soll.</p>	<p>Jugendliche in Jugendfeuerwehren und generell Jugendliche im ländlichen Raum,</p>	<p>IM, SM, Landesfeuerwehrverband M-V, Mecklenburg-Vorpommerscher Jugendfeuerwehr, Verbundnetz Gas AG, Regionalzentren für demokratische Kultur, Bürgerinitiative Bunt statt Braun Anklam</p>	<p>seit 2006</p>
<p>Umsetzung des Bundesprogramms „Integration durch Sport“ Das zentrale Ziel des Programms ist die Integration der Zielgruppe in die Aufnahmegesellschaft durch und in den organisierten Sport. Dem Programm stehen Sportmobile zur Verfügung, die zielgruppenspezifische, sportbezogene Angebote wohnumfeldnah unterstützen. Die kontinuierliche Anleitung, Beratung und Qualifizierung aller Programmpartner erfolgt über die Landeskoordination des Programms. Die Zusammenarbeit zwischen der Landeskoordination und den Regionalzentren für demokratische Kulturen wird verstärkt entwickelt.</p>	<p>bereits in Deutschland lebende und für die kommenden Jahre zu erwartende Spätaussiedlerinnen/Spätaussiedler, Zuwanderinnen/Zuwanderer sowie sozial benachteiligte Einheimische</p>	<p>IM, Landeskoordinatorin beim Landessportbund</p>	<p>laufend</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Stärkung des Engagements von Sportvereinen für Demokratie und Toleranz - Ausbildungsmodule in der Aus- und Fortbildung des Landessportbundes M-V - FSJ ler im Sport werden im Rahmen der FSJ-Schulungen - zur Thematik Demokratie und Toleranz fortgebildet	sportinteressierte junge Menschen	IM, SM	laufend

Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Städtebauförderung zur nachhaltigen Stärkung von Innenstädten und Ortszentren einschließlich Stadtumbau i. V. m. Aufwertung von Stadtquartieren und Verbesserung des Wohnumfeldes, Erarbeitung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten durch die Kommunen	Bewohnerinnen/Bewohner	VM/Kommunen	laufend

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Weiterführung von mv4you Ziel der Agentur mv4you ist Kontakte zu weggegangenen Fachkräften zu halten: Schwerpunkt ist die Kontaktvermittlung zwischen Unternehmen und Fach- und Führungskräften und damit ein Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Bindung junger qualifizierter Menschen an Mecklenburg-Vorpommern zu leisten. Dies ist als Beitrag zur Stärkung von Zivilgesellschaft zu betrachten.</p>	Fachkräfte, rück- und zuwanderungsinteressierte Fach- und Führungskräfte	WM	laufend
<p>Für Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusland muss das Image als gastfreundlich, weltoffen und tolerant stärker profiliert werden. Insbesondere Gewerbetreibende und Unternehmen der Tourismusbranche sollten für entsprechende Aktivitäten gewonnen werden bzw. bei entsprechenden Aktivitäten unterstützt werden.</p>	Gewerbetreibende und Unternehmen der Tourismusbranche	WM	laufend
<p>Entwicklungszusammenarbeit? - Förderung von internationalem Fachkräfteaustausch</p>	Finanzielle Unterstützung von Fach- und Führungskräften aus Transformations- und Entwicklungsländern, die ein Praktikum in Unternehmen aus M-V absolvieren.	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt), Regionalzentrum Schwerin	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Lehrkräfte in der Berufsausbildung und in Fort- und Weiterbildungseinrichtungen werden qualifiziert , um mit rechtsextremistischen Äußerungen und Aktivitäten richtig umgehen zu können. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den Regionalzentren für demokratische Kultur zu intensivieren und sind Angebote des Netzwerkes für Demokratie und Courage und des Soziale Bildung e. V. sowie weiterer freier Träger zu nutzen.		WM, BM	laufend
Unternehmer und Unternehmerverbände sowie Arbeitnehmervertretungen, die sich mit rechtsextremistischem Gedankengut und Aktivitäten in ihrem Wirkungskreis auseinandersetzen, werden unterstützt.	Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen	SM, WM, Betriebliche Beratungsteams	laufend

Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Sensibilisierungsmaßnahmen zum Genderaspekt in der rechten Szene Dies ist insbesondere wichtig, da der Genderaspekt bei allen Projekten oder Maßnahmen immer mit berücksichtigt werden muss (Gender Mainstreaming).	Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in den Regionalzentren, (Frauen-)Vereine und Verbände	PStin FG	laufend
Koordinierung von Kontakten zwischen dem Landesfrauenrat M-V e. V. und den Regionalzentren zur Aufklärung und zum Erfahrungsaustausch	Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in den Regionalzentren	PStin FG	laufend
Erarbeitung eines Gendermoduls für Fortbildungen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus	Erzieherinnen/Erzieher und Lehrerinnen/Lehrer	PStin FG, BM	laufend

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) als wichtiges Instrument der Bildung für Nachhaltigkeit, dass zunehmend für Agenda 21- Prozesse und für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit genutzt wird.</p> <p>Um Vorurteile abzubauen und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken werden Plätze im FÖJ für Migranteninnen/Migranten und polnische Jugendliche zur Verfügung gestellt. Jugendliche aus M-V erhalten die Möglichkeit von Praktika in Polen.</p> <p>In den FÖJ- Begleitseminaren werden Themen wie die Vermittlung demokratischer Werte fortgesetzt.</p>	Gruppe der 16- bis 27-jährigen Jugendlichen im FÖJ	LU	laufend (ESF Förderperiode bis 2013)
<p>Die Agenda 21- Prozesse bieten beste Ansätze, mit den Bürgerinnen und Bürgern, transparent und partizipativ, Demokratie zu erleben. Sie werden weiter vorangetrieben.</p> <p>Erfolgreiche lokale Agenda Arbeit stärkt bürgerschaftliches Engagement, führt zu gelebter Demokratie und unterstützt den wirtschaftlichen Aufschwung.</p>	Kommunen	LU	laufend
Die Erfahrungen der Agenda Arbeit sollten mit den Entwicklungen der Lokalen Aktionspläne vor Ort verknüpft werden. Dazu sind die Akteure der Agenda Arbeit stärker in die Beratungsnetzwerke für Demokratie und Toleranz einzubeziehen.	Agendabüros, Kommunen	SM, LU	ab Mitte 2008

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Im Rahmen von Umweltbildung bzw. Bildung für Nachhaltigkeit werden junge Menschen verstärkt an Agenda- Prozesse herangeführt und so in Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse in ihrem sozialen Nahraum beteiligt. Lokale Identifikation und Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement kann entwickelt und gefestigt werden. Unter dem Aspekt des „lebenslangen Lernens“ fließt das Erfahrungswissen der Eltern- und Seniorengeneration mit ein.</p>	<p>Kinder und Jugendliche, Eltern und Seniorinnen/-Senioren, Vereine und Verbände</p>	<p>LU</p>	<p>laufend</p>
<p>Der Forschungsbericht zu lokalen Agenden in den Dörfern Mecklenburg-Vorpommerns „Perspektiven der lokalen Agenda 21 in dörflichen Gemeinden“ wird bei den Trägern der Demokratieprojekte bekannt gemacht und sollte bei weiteren Planungsüberlegungen Berücksichtigung finden.</p>	<p>Träger von Demokratieprojekten</p>	<p>SM</p>	<p>laufend</p>

2. Intervention/ Repression wirksam organisieren

Maßnahmen, die dann ergriffen werden, wenn Menschen sich bereits dem Rechtsextremismus zugewandt haben oder sich gar in Gruppenzusammenhängen formieren. Ihr Ziel ist die Zurückdrängung des Rechtsextremismus und das Angebot an den Einzelnen, seine Ideologie zu überdenken und sich doch noch demokratischen Grundnormen zuzuwenden.

Vorrangig beteiligte Ministerien:

Ministerium für Soziales und Gesundheit

Innenministerium

Justizministerium

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Um Prävention, Integration und Repression regional auf das engste zu verknüpfen wird eine verbindliche Zusammenarbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur und der zuständigen Justiz- und Polizeibehörden entwickelt. Das Innenministerium und das Justizministerium benennen regional zuständige Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner, die u. a. in den Interventionsteams gegen Rechtsextremismus mitwirken bzw. diese unterstützen. Dazu werden Kooperationsverträge abgeschlossen.</p>	<p>Polizei- und Justizbehörden, Regionalzentren für demokratische Kultur</p>	<p>SM, IM, JM</p>	<p>Ab Oktober 2007</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Einsatz von mobilen Kriseninterventionsteams gegen Rechtsextremismus</p> <p>In jedem Regionalzentrum gibt es eine/einen verantwortlichen Leiterin/Leiter des regionalen mobilen Interventionsteams, welches dem Bedarf entsprechend zusammengestellt und zum Einsatz gebracht wird.</p> <p>Die Landeskoordinierung für den Einsatz der mobilen Interventionsteams ist im Ministerium für Soziales und Gesundheit angesiedelt und erfolgt in enger Abstimmung mit dem Innen- und Justizressort sowie mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.</p> <p>Die mobilen Interventionsteams setzen die Arbeit des bisherigen Analyse- und Beratungsteams der Landesregierung fort, das seine Arbeit einstellt.</p>	<p>Betroffene und/oder örtlich zuständige Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner in einer krisenhaften Situation mit rechts-extremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund.</p>	<p>SM</p>	<p>ab 1. August 2007 6 Beratungen jährlich zur Abstimmung und Auswertung der Einsätze</p> <p>- Dokumentation der Einsätze</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Aussteigerberatung „EXIT Mecklenburg-Vorpommern“</p> <p>Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wird, in Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für demokratische Kultur“ Berlin, ein Unterstützungsangebot für Aussteigerinnen/Aussteiger und ihre Familien installiert.</p>	<p>Aussteigerinnen/Aussteiger aus dem rechtsextremistischen Milieu</p>	<p>SM (Kooperation IM, JM)</p>	<p>seit 2007</p>
<p>Den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe werden im Rahmen der Hilfen zur Erziehung (KJHG § 27) Unterstützungsangebote zum Umgang mit rechtsextremistisch gefährdeten Kindern und Jugendlichen unterbreitet.</p>	<p>rechtsextremistisch gefährdete Kinder und Jugendliche und ihre Familien</p>	<p>SM, Landesjugendamt, Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p>	<p>2008 Vorstellung der entsprechenden Einzelangebote durch das Zentrum für demokratische Kultur Berlin bei der Jugendamtsleiter-tagung</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Die Landesregierung sichert für Opfer rechtsextremistischer Gewalt bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote. Sie wird dazu das landesweite, träger- und fachübergreifendes Opferberatungssystem weiter ausbauen.</p> <p>Die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter von LOBBI e.V. werden sich an den Einsätzen der Interventionsteams gegen Rechtsextremismus beteiligen und sind Bestandteil des Beratungsnetzwerkes.</p>	Opfergruppen rechtsextremistischer Gewalt	SM (Kooperation IM)	ab 1. August 2007
<p>Entwicklung und Aufrechterhaltung eines starken Aufklärungs- und Verfolgungsdrucks rechtsextremistischer Personen und Gruppen durch die Polizei. Dazu setzt die Landesregierung die regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der bislang bewährten besonderen polizeilichen Maßnahmen gegen rechtsextremistisch motivierte Kriminalität, incl. der MAEX, fort.</p>	Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Personen, gewaltbereite Gruppierungen	IM	laufend
<p>Erledigung rechtsextremistischer Strafverfahren soweit wie möglich im Wege des beschleunigten Verfahrens oder des vereinfachten Jugendverfahrens</p>	Staatsanwaltschaften	JM/GStA	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
Schnelle Anklageerhebungen bei Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund	Staatsanwaltschaften	JM/GStA	laufend
Bearbeitung von Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit fremdenfeindlichen, anti-semitischen oder sonst rechtsextremistischem Hintergrund in Sonderdezernaten durch erfahrene Staatsanwältinnen/Staatsanwälte Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte werden entsprechend aus- und weitergebildet.	Staatsanwaltschaften	JM	laufend
Je nach personellen und finanziellen Möglichkeiten sollten Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte aufklärerisch - bspw. über die Folgen einer Verurteilung für den beruflichen Werdegang - in Schulen und Jugendeinrichtungen präventiv tätig werden.	Gerichte, Staatsanwaltschaften	JM	laufend
Entwicklung und Einsatz von exekutiven Maßnahmen gegen identitätsstiftende Veranstaltungen und Zusammenschlüsse (z. B. Vereinsverbote, Vorgehen gegen extremistische Musikveranstaltungen)	Extremistische Gruppierungen	IM	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Konkretisierung des Verbotstatbestandes in § 15 Versammlungsgesetz um rechtliche Unsicherheiten der Ordnungsbehörden auszuräumen als ständig laufender Prozess im Lichte aktueller Rechtsprechung</p>	Ordnungsbehörden	IM	laufend
<p>Prüfung geeigneter rechtstaatlicher Gegenstrategien gegen die Implementierung rechtsextremistischer Strukturen (z. B. Verhinderung von Schulungszentren)</p>	Extremistische Gruppierungen und Personen	IM	laufend
<p>Um einen entsprechenden Umgang mit rechtsextremistischen Straftäterinnen/Straftäter zu gewährleisten, sind Aus- und Weiterbildung für alle an der Strafvollstreckung und am Strafvollzug Beteiligten, insbesondere der Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes vorgesehen.</p>	Vollzugsbeamtinnen/Vollzugsbeamte	JM	laufend
<p>Dem rechtsextremistischen Agieren der Gefangenen ist entgegenzutreten. Eingriffe in das grundsätzlich verfassungsrechtliche geschützte Umgangsrecht der Gefangenen sind aufgrund gesetzlicher Regelungen, vgl. etwa §§ 28, 29, 31, 33 und 68 StVollzG, zulässig. Diese sind von den Haftanstalten im Rahmen des Zulässigen vorzunehmen.</p>	Strafgefangene	JM, Justizvollzugsanstalten	laufend

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Entwicklung von Demokratieverständnis und Toleranz bei Strafgefangenen mit rechtsorientiertem und Migrationshintergrund unter Einbindung der Bürgerinnen/Bürger der Region</p> <p>Schulungsveranstaltung für Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der JVA Bützow (Projekt „rechtsrum“ in der JVA Bützow)</p>	<p>Strafgefangene, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der JVA, Bürgerinnen/Bürger der Region</p>	<p>JM, JVA Bützow, SM, BilSE Institut Güstrow</p>	<p>01.06.2008 - 31.05.2009</p>
<p>Die Gerichts- und Bewährungshilfe muss sich im Rahmen ihrer Arbeit noch stärker darauf ausrichten, verurteilte rechtsextremistische Straftäter/innen wieder und dauerhaft in die Gesellschaft zu integrieren. Dazu wird ein entsprechendes Fortbildungsangebot für die Mitarbeiter/innen der Gerichts- und Bewährungshilfe entwickelt und umgesetzt.</p>	<p>Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Sozialen Dienste der Justiz</p>	<p>JM</p>	<p>1. Quartal 2008</p>
<p>Die Staatsanwaltschaften wirken im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten darauf hin, dass bei der Sanktion von Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender angebotene Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Handeln und Gedanken gut Berücksichtigung finden.</p>	<p>Probanden der Bewährungshilfe, Jugendstrafgefangene, jugendliche Straftäter</p>	<p>JM</p>	<p>laufend</p>

Maßnahmen	Zielgruppe/Beteiligte	Zuständigkeit	Zeitplanung
<p>Entwicklung von interkulturellem Verständnis und sozialer Integration von Jugendstrafgefangenen mit rechtsorientierten und Migrationshintergrund</p> <p>(Projekt „Cultural Contact“ in der Jugendanstalt Neustrelitz)</p>	<p>Jugendstrafgefangene/Migrantinnen/ Migranten</p>	<p>JM/JA Neustrelitz/ BilSE Institut Güstrow</p>	<p>September 2007 bis September 2008</p>
<p>Im Rahmen des Programms der Jugendanstalt Neustrelitz „Demokratie Lernen“ setzen sich rechtsextremistisch und rechtsorientierte Jugendliche mit ihren politischen Einstellungen und Vorurteilen auseinander. Das Angebot umfasst dabei sowohl eine Wissensvermittlung als auch speziell auf rechtsorientierte Jugendliche zugeschnittene soziale Trainingskurse und erlebnispädagogische Projekte, die der Beseitigung von Vorurteilen und dem Erfahren demokratischer Strukturen dienen. Ein wesentliches Element dieses Programms bildet das in Trägerschaft des Violence Prevention Network e. V. in Form von Gruppenkursen durchgeführte Projekt „Abschied von Hass und Gewalt“.</p>	<p>Jugendstrafgefangene/Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter der JA</p>	<p>JM/Jugendanstalt/ Violence Prevention Network e. V.</p>	<p>laufend</p>